

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.11.2025, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	15:00 Uhr
Ende:	18:24 Uhr

Anwesend **Mitglieder**

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - AfKW-Vorsitzender	anwesend
Herr Thorsten Köster - CDU	anwesend, Vertretung für: Herrn Gerrit Stühmeier
Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE	anwesend
Herr Frank Flake - SPD	anwesend
Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE	anwesend
Herr Frank Graffstedt - SPD	anwesend
Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD	anwesend, Vertretung für: Frau Annette Schütze
Frau Anke Kaphammel - CDU	anwesend bis 18:13h (einschl. TOP 5.)
Frau Antje Maul - CDU	anwesend bis 18:13h (einschl. TOP 5.)
Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS	anwesend
Herr Michel Winckler - SPD	anwesend

weitere Mitglieder

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP	anwesend
Herr Sven-Markus Knurr - parteilos	anwesend
Frau Anneke vom Hofe - AfD	anwesend

sachkundige Bürger

Frau Heike Blümel - Bürgermitglied (B90/DIE GRÜNEN)	anwesend bis 17:11 Uhr (in TOP 5.)
Frau Sabrina Brandes - Stellvertretende Stadtheimpflegerin	anwesend, Vertretung für: Herrn Thorsten Wendt
Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied (SPD)	anwesend

Frau Emma Volkers - Stellvertretende Vertreterin des Jugendparlamentes Braunschweig	anwesend, Vertretung für: Frau Lina Hagelberg
Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied (SPD)	anwesend

Gäste

Herr Dr. Patrick Föhl - Leiter, Netzwerk Kulturberatung (Berlin)	anwesend
Frau Cathrin Mayer - Direktorin, Kunstverein Braunschweig e.V.	anwesend bis 18:00 Uhr (in TOP 5.)
Herr Jens Nowak - Vorsitzender, Kunstverein Braunschweig e.V.	anwesend bis 18:00 Uhr (in TOP 5.)
Herr Prof. Dr. Josef Penninger - Wissenschaftlicher Geschäftsführer, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig	anwesend bis 16:25 Uhr (einschl. TOP 3.2.)

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dez. IV	anwesend
Herr Gerold Leppa - Dez. VI	anwesend von 16:05 Uhr (in TOP 3.2.) bis 18:13 Uhr (einschl. TOP 5.)
Herr Thomas Pust - RefL 0300	anwesend von 16:05 Uhr (in TOP 3.2.) bis 18:13 Uhr (einschl. TOP 5.)
Frau Dr. Anette Haucap-Nass - RefL 0412	anwesend bis 15:09 Uhr (in TOP 1.)
Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41	anwesend
Frau Anika Filitz - AbtL 41.0, 2. Schriftprotokoll	anwesend
Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1	anwesend bis 17:55 Uhr (in TOP 5.)
Herr Daniel Keding - AbtL 41.2	anwesend bis 18:13 Uhr (einschl. TOP 5.)
Frau Kristin Komm - StL 41.11	anwesend bis 17:34 Uhr (in TOP 5.)
Herr Simon André Galisch - Abt. 41.0, Tonprotokoll	anwesend
Herr Jörg Ohse - Abt. 41.0	anwesend
Frau Amelie Schultze - Abt. 41.0	anwesend
Frau Elke Scheler - St. 41.11	anwesend

Abwesend Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU - Stellvertretender AfKW-Vorsitzender	entschuldigt
Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS	entschuldigt
--------------------------	--------------

sachkundige Bürger

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied (CDU)	entschuldigt
Frau Lina Hagelberg - Vertreterin des Jugendparlamentes Braunschweig	entschuldigt
Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied (CDU)	entschuldigt
Herr Marcus Körber - Bürgermitglied (B90/DIE GRÜNEN)	entschuldigt
Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatspfleger	entschuldigt

Verwaltung

Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413	entschuldigt
Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.10.2025
3. Mitteilungen
 - 3.1. Vorstellung der Forschungsschwerpunkte des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig durch Herrn Prof. Dr. Penninger (mündliche Mitteilung)
 - 3.2. Vorstellung aktueller Schwerpunkte des Kunstvereines Braunschweig e.V. (mündliche Mitteilung)
 - 3.3. Partizipative Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien der Stadt Braunschweig 25-26938
 - 3.4. Gewaltschutzkonzept der Städtischen Musikschule Braunschweig 25-26979
(Neu)
 - 3.5. Einweihung des Kunstwerkes "Liberating the Monument" am Kolonialdenkmal 25-26973
(Neu)
4. Anträge
5. Errichtung Haus der Musik Braunschweig 25-26962
6. Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, nennt die abwesenden Mitglieder und ihre Vertretungen und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussvorsitzender Böttcher und Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) danken Frau Dr. Haucap-Naß (RefL 0412), die aus dem Dienst ausscheidet, für ihr besonderes Engagement und Erfolge als Leiterin der Stadtbibliothek Braunschweig. Frau Dr. Haucap-Naß verabschiedet sich vom Ausschuss.

Die Tagesordnung (TO) wird vom Ausschuss genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.10.2025

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 2

3. Mitteilungen

3.1. Vorstellung der Forschungsschwerpunkte des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig durch Herrn Prof. Dr. Penninger (mündliche Mitteilung)

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) begrüßt Herrn Prof. Dr. Penninger, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig. Sie hebt dessen außergewöhnliche wissenschaftliche Karriere hervor und beschreibt ihn als international anerkannten Wissenschaftler, der u.a. in Kanada, Österreich und Japan tätig gewesen sei und zahlreiche Auszeichnungen erhalten habe, darunter den Wittgenstein-Preis und das Österreichische Verdienstkreuz für Kunst und Wissenschaft. Seine Forschungsschwerpunkte lägen in den genetischen Ursachen von Erkrankungen sowie in der Entwicklung von Medikamenten. Das HZI spiele eine bedeutende Rolle in der Infektionsforschung und es sei eine Ehre, Herrn Prof. Dr. Penninger im Ausschuss begrüßen zu dürfen.

Protokollnotiz zur Vita von Herrn Prof. Dr. Penninger:

Beruflicher Werdegang von Herrn Prof. Dr. Josef Penninger

- Josef Penninger wurde am 5. September 1964 in Gurten, Oberösterreich, geboren.
- Er studierte von 1982 bis 1988 an der Universität Innsbruck Medizin und belegte nebenbei Kunstgeschichte und Spanisch.
- Von 1986 bis 1990 erarbeitete er am Institut für Allgemeine und Experimentelle Pathologie, Universität Innsbruck, Medizinische Fakultät, seine Promotion „Phänotypische und funktionelle Analyse von intra-thymischen Ammenlymphozyten (TNC)“. Sein Doktorvater war der Altersforscher Prof. Dr. Georg Wick.
- Nach seiner Dissertation folgte eine wissenschaftliche Karriere in Toronto, Kanada, zunächst als Postdoc am Ontario Cancer Institute, dann als Forschungsleiter am Amgen Research Institute und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ontario Cancer Institute und schließlich als Assistenzprofessor in den Abteilungen für Immunologie und Medizinische Biophysik an der University in Toronto, wo er schließlich auch Full Professor wurde. 2001 wurde er in Kanada als einer der „Top 40 under 40“ ausgezeichnet, als einer der einflussreichsten und visionärsten jungen Menschen in der kanadischen Wirtschaft und Wissenschaft.
- Anschließend war er Gründungsdirektor und 16 Jahre lang Leiter des Instituts für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. In dieser Zeit erhielt er mit dem Wittgenstein-Preis den mit 1,5 Millionen EUR bestdotierten und prestigeträchtigsten Wissenschaftspreis Österreichs.
- Wie in seiner aktuellen Strategie für das HZI, stand auch in dieser Schaffensperiode die Investition in die Förderung junger Ausnahmetalente der Forschung im Vordergrund.
- Es folgte ein weiterer langjähriger Kanada-Aufenthalt als Leiter des Life Science Institute an der Universität von British Columbia in Vancouver.
- Für die wissenschaftliche Geschäftsführung des HZI ist Prof. Dr. Penninger 2023 aus Kanada nach Europa zurückgekehrt.
- 2024 schloss er seinen PhD in Medical Science an der Tokyo Medical and Dental University in Japan ab.

Forschungsschwerpunkte von Herrn Prof. Penninger

- Prof. Dr. Penninger erforscht genetische Ursachen von Erkrankungen. So manipulierte er die Gene in Mäusen und erforschte die Auswirkungen dieser Mutationen auf die Entwicklung des Organismus und die Entstehung von Krankheiten.
- Er hat beispielsweise ein Protein entdeckt, das sogenannte „Rankl“-Protein, das bei Osteoporose und familiärem Brustkrebs eine wesentliche Rolle spielt. So ist es etwa für den Abbau von Knochen (Osteoporose) verantwortlich, da es die Balance zwischen knochenaufbauenden und -abbauenden Zellen aus dem Gleichgewicht bringt und Blutstammzellen in Knochenfresszellen umwandelt. Bei genetisch bedingtem Brustkrebs spielt „Rankl“ ebenfalls eine zentrale Rolle. Wird „Rankl“ durch ein Medikament blockiert, kann das Ausbrechen der Krankheit verzögert werden.
- Auf Grundlage seiner Forschungsergebnisse wurden neue Medikamente entwickelt. Prof. Dr. Penninger hat zudem eine Firma gegründet, die Forschungsergebnisse in Medizinprodukte umwandelt und u.a. ein Arzneimittel gegen Tumore bei Kindern (Neuroblastom) entwickelt.
- Er entwickelte u.a. eine Behandlung gegen Covid-19 und stellte im Februar 2021 einen Zulassungsantrag.

Auszeichnungen und Ehrungen im Überblick (Auswahl)

Josef Penninger führt eine lange Liste von Auszeichnungen und Ehrungen. Er war bereits zweimal unter den Top 10 der meistzitierten Wissenschaftler weltweit.

- 2021 Allen Distinguished Investigator
- 2020 Österreicher des Jahres, Kategorie Internationaler Erfolg

- 2020 Auf Platz 30 von OOOM 100: Die inspirierendsten Menschen der Welt gewählt
- 2019 Ehrenprofessor, Universität Qingdao, China
- 2018 Canada 150 Forschungslehrstuhl für funktionelle Genetik
- 2018 Österreichisches Verdienstkreuz für Kunst und Wissenschaft
- 2017 CEE-Innovationspreis (AtoS Österreich)
- 2015 Unter den 400 einflussreichsten Thought Leaders der Welt (#11 im deutschsprachigen Raum, Quelle: <https://www.nachrichten.at/>)
- 2014 Wittgenstein-Preis (höchster österreichischer Wissenschaftspreis, auch als „österreichischer Nobelpreis“ bezeichnet)

Herr Prof. Dr. Penninger bedankt sich für die einleitenden Worte und gibt einen Überblick über seine berufliche Laufbahn und die Arbeit des HZI. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Er erläutert, dass er als funktioneller Genetiker seit vielen Jahren an der Erforschung genetischer Ursachen von Krankheiten arbeite und in der Vergangenheit bedeutende Beiträge zur Entwicklung von Medikamenten geleistet habe, darunter ein Medikament gegen Osteoporose. Er hebt hervor, dass das HZI Teil der Helmholtz-Gemeinschaft sei, der größten Forschungsorganisation in der Europäischen Union (EU), und beschreibt die strategische Ausrichtung des Institutes. Diese umfasse u.a. die Förderung von Talenten, den Aufbau moderner Infrastrukturen sowie die nationale und internationale Zusammenarbeit.

Herr Prof. Dr. Penninger führt aus, dass das HZI an fünf Standorten in Deutschland tätig sei, in Braunschweig, Würzburg, Saarbrücken, Hannover und Greifswald. Er beschreibt die Schwerpunkte der Forschung, die von der Entwicklung neuer Antibiotika über die Präzisionsinfektionsmedizin bis hin zur Untersuchung der Auswirkungen des Klimawandels auf Infektionen reichen. Das HZI nehme eine führende Rolle in der Pandemieforschung ein und verfolge innovative Ansätze wie die Nutzung von künstlicher Intelligenz und die Entwicklung von Organoiden. Er hebt die Bedeutung der internationalen Vernetzung und der Sichtbarkeit des Standortes Braunschweig hervor.

Auf Nachfrage durch den Ausschuss wünscht Herr Prof. Dr. Penninger sich eine Verbesserung der Verkehrsanbindung des Institutes, die Förderung der Wissenschaftskommunikation und die Einrichtung eines Innovationsfonds, um die Zusammenarbeit zwischen den Forschungseinrichtungen in Braunschweig zu stärken. Er betont, dass das HZI bereits erhebliche Mittel eingeworben habe, darunter 100 Mio. Euro für die Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, und dass es das Ziel sei, eines der weltweit führenden Forschungsinstitute zu werden.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) regt an, in einem halben Jahr eine Rückmeldung über die Umsetzung der geäußerten Wünsche zu erhalten.

Frau Prof. Dr. Hesse weist darauf hin, dass die Stadt Braunschweig bereits zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der Forschungsregion Braunschweig umgesetzt habe, und betont die Herausforderung, die Heterogenität der Forschungseinrichtungen in eine einheitliche Marke zu überführen. Sie signalisiert Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit dem HZI, um die Sichtbarkeit der Wissenschaft in Braunschweig zu erhöhen.

Ausschussvorsitzender Böttcher bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Penninger für die umfassende Darstellung und betont, dass es dem Ausschuss ein wichtiges Anliegen sei, die Forschungseinrichtungen in der Stadt besser kennenzulernen und deren Arbeit zu unterstützen. Er stellt fest, dass das HZI insbesondere durch die Corona-Pandemie in der Öffentlichkeit bekannt geworden sei.

Ratsfrau Göring stellt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit einen Geschäftsordnungsantrag zum Übergang auf den nächsten Tagesordnungspunkt (TOP).

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Übergang zur TO):

1 / 8 / 2

Ratsfrau Glogowski-Merten bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Penninger für die Präsentation und hebt die Bedeutung des HZI für die Stadt Braunschweig hervor. Sie lobt insbesondere die Öffnung des Institutes für die Öffentlichkeit, etwa durch den „Tag der Offenen Tür“.

Frau Volkers (Stellvertretende Vertreterin des Jugendparlamentes) zeigt sich beeindruckt von der Spitzenforschung des HZI und betont die Bedeutung des biotechnologischen Schülerlabors für die Bildung junger Menschen.

Ausschussvorsitzender Böttcher dankt Herrn Prof. Dr. Penninger und wünscht dem HZI weiterhin viel Erfolg.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 TOP 3.1_PPP_Vorstellung HZI_Penninger

3.2. Vorstellung aktueller Schwerpunkte des Kunstvereines Braunschweig e.V. (mündliche Mitteilung)

Herr Nowak (Vorsitzender des Kunstverein Braunschweig e.V.) und Frau Mayer (Direktorin des Kunstverein Braunschweig e.V.) bedanken sich für die Gelegenheit, den Kunstverein Braunschweig e.V. dem Ausschuss vorzustellen zu dürfen. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Nowak gibt einen historischen Überblick und hebt hervor, dass der Kunstverein Braunschweig e.V., gegründet im Jahr 1832, eine der ältesten und renommiertesten Einrichtungen dieser Art in Deutschland sei. Seit 1946 befinde sich der Verein in der denkmalgeschützten Villa Salve Hospes am Lessingplatz, die von Peter Joseph Krahe zwischen 1805 und 1808 erbaut wurde. Krahe sei zudem eines der Gründungsmitglieder des Kunstverein Braunschweig e.V. gewesen. Die Villa biete mit ihren 400 Quadratmetern die Grundlage für Ausstellungen, deren Fortführung auch in Zukunft gesichert werden solle.

Frau Mayer berichtet, dass sie seit 14 Monaten die Leitung des Kunstverein Braunschweig e.V. inne habe und zuvor unter anderem in Berlin und Wien tätig gewesen sei. Sie beschreibt die Hauptaufgabe des Kunstverein Braunschweig e.V. als Förderung junger künstlerischer Positionen im gesellschaftlichen und politischen Kontext. Der Kunstverein Braunschweig e.V. produziere jährlich etwa zehn Ausstellungen, was angesichts der großen Ausstellungsfläche möglich sei. Ein besonderes Anliegen sei es, neue Arbeiten zu ermöglichen und Künstlerinnen und Künstlern ihre erste institutionelle Ausstellung zu bieten. Zudem betont sie die Bedeutung der Vermittlungsarbeit, um ein breites Publikum für Gegenwartskunst zu sensibilisieren, darunter die Erstellung begleitender Publikationen.

Frau Mayer führt aus, dass der Kunstverein Braunschweig e.V. von einem siebenköpfigen Vorstand geleitet werde und über ein Team aus Planstellen und freien Mitarbeitenden verfüge. Neben ihrer eigenen Tätigkeit als Direktorin arbeite sie eng mit einer Kuratorin zusammen. Weitere Positionen umfassten eine Volontärin, die nach ihrem Studium erste Berufserfahrungen sammle, sowie Mitarbeitende in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung, Haustechnik und Besucherservice. Auch der Bundesfreiwilligendienst werde im Kunstverein Braunschweig e.V. angeboten. Sie hebt hervor, dass viele der freien Mitarbeitenden aus der Hochschule für Bildende Künste (HBK) Braunschweig stammten.

Frau Mayer gibt einen Überblick über die Ausstellungsgeschichte des Kunstverein Braunschweig e.V. und nennt bedeutende Künstler wie Pablo Picasso, Andy Warhol und Joseph Beuys, deren Werke dort gezeigt wurden. Sie betont, dass der Kunstverein Braunschweig e.V. ein Profil habe, das einem Museum gleichkomme. Als Beispiel für die Förderung lokaler Künstlerinnen und Künstler nennt sie Siné Hansen, deren Arbeiten sie in Wien entdeckt habe und die in Braunschweig weitgehend unbekannt sei, obwohl sie dort gelebt und studiert ha-

be.

Frau Mayer erläutert die Mitgliederstruktur des Kunstverein Braunschweig e.V., der derzeit 418 Mitglieder zähle. Die Besucherzahlen lägen stabil bei etwa 8.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr, wobei nach der Corona-Pandemie ein Rückgang zu verzeichnen gewesen sei. Sie hebt die kontinuierliche Unterstützung durch Förderpartner wie das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK), die Stadt Braunschweig und die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) hervor. Die Finanzierung des Kunstverein Braunschweig e.V. setze sich aus Mitteln der Stadt Braunschweig (mit 38 Prozent), des Niedersächsischen MWK und aus Eigenmitteln sowie Drittmitteln zusammen.

Frau Mayer beschreibt die regionalen, nationalen und internationalen Kooperationen des Kunstverein Braunschweig e.V. Regional arbeite man eng mit Schulen, der HBK Braunschweig und anderen Vereinen zusammen. National und international sei der Kunstverein Braunschweig e.V. an Projekten wie dem Preis der deutschen Kulturwirtschaft ars viva beteiligt und kooperiere mit Institutionen in London und Minneapolis. Sie betont, dass der Kunstverein Braunschweig e.V. durch solche Partnerschaften auch international wahrgenommen werde.

Frau Mayer erläutert ihre Pläne zur Weiterentwicklung des Kunstverein Braunschweig e.V. Dazu gehöre die Sichtbarmachung der Geschichte des Vereines, insbesondere im Hinblick auf das 200-jährige Jubiläum im Jahr 2032. Sie arbeite an der Digitalisierung des Archives, um die Ausstellungsgeschichte besser zugänglich zu machen, und plane die Veröffentlichung einer Publikation zur Geschichte des Kunstverein Braunschweig e.V.. Zudem setze sie sich für eine bessere Beschilderung der Villa Salve Hospes ein, um mehr Besucherinnen und Besucher anzuziehen. Ein weiterer Schwerpunkt liege auf der digitalen Präsenz, insbesondere auf Instagram, wo der Kunstverein Braunschweig e.V. bereits 13.100 Followerinnen und Follower habe.

Ausschussvorsitzender Böttcher bedankt sich für die Präsentation und fragt nach besonderen Anliegen des Kunstverein Braunschweig e.V..

Frau Mayer betont die Bedeutung einer stabilen finanziellen Unterstützung, um die Planbarkeit der Arbeit zu gewährleisten

Herr Nowak lädt abschließend zur nächsten Ausstellungseröffnung ein, die am kommenden Freitag stattfinden werde.

Ratsherr Flake hebt die Bedeutung des Kunstverein Braunschweig e.V. für das Kulturangebot der Stadt Braunschweig hervor und erkundigt sich nach den Herausforderungen im Umgang mit der denkmalgeschützten Villa Salve Hospes.

Frau Mayer erklärt, dass die Restaurierung der Fenster dringend erforderlich sei, da der Zustand des Gebäudes sowohl für die Architektur als auch für die ausgestellten Kunstwerke problematisch sei.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 TOP 3.2_PPP_Vorstellung Kunstverein Braunschweig

Stadt Braunschweig

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Umstellung der Tagesordnung (TO) zwecks Vorzug des Tagesordnungspunktes (TOP) 5., der Beschlussvorlage „Errichtung Haus der Musik Braunschweig“ (DS Nr. 25-26962), vor den TOP 3.3, die Mitteilung „Partizipative Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien der Stadt Braunschweig“ (DS Nr. 25-26938). Der Ausschuss stimmt dem zu.

Protokollnotiz: Für die Protokollierung des vorgezogenen TOP 5., der Beschlussvorlage „Errichtung Haus der Musik Braunschweig“ (DS Nr. 25-26962), s. unter TOP 5.

Ausschussvorsitzender Böttcher begrüßt Herrn Dr. Föhl (Leiter des Netzwerkes Kulturberatung, Berlin) und bedankt sich für dessen Anwesenheit im Ausschuss. Herr Dr. Föhl sei den Anwesenden bereits aus dem Kulturentwicklungsprozess (KultEP) bekannt.

Herr Dr. Föhl dankt für die Einladung. Er hebt hervor, dass der nächste Schritt im KultEP die Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien sei. Dafür sei ein partizipativer Prozess vorgesehen, der parallel zu einem verwaltungsinternen Prozess verlaufen solle. Beide Prozesse würden sich gegenseitig auf dem aktuellen Stand halten. Er erklärt, dass die Details in der entsprechenden Vorlage beschrieben seien, und bietet an, Fragen zu beantworten.

Ratsfrau Dr. Flake begrüßt die Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien, die sie bereits seit längerer Zeit gefordert habe. Sie beklagt jedoch Unklarheiten bezüglich der Terminplanung, da ein Grundsatzbeschluss für die Gremienschiene beginnend mit der AfKW-Sitzung am 20. Januar 2026 geplant sei, während der erste Workshop ebenfalls für Januar 2026 angesetzt sei.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) erklärt, dass dieser Widerspruch auf die ambitionierte Umsetzung des Vorhabens zurückzuführen sei. Er erläutert, dass die heutige Ausschusssitzung dazu diene, ein Votum des Ausschusses einzuholen, um ein Grundmandat als Beschlussvorlage in die Gremien einzubringen. Sollte sich in der Vorberatung in der AfKW-Sitzung am 20. Januar 2026 abzeichnen, dass keine Mehrheit für das Vorhaben bestehe, werde die Terminplanung entsprechend angepasst. Die Verwaltung sei jedoch optimistisch, den Zeitplan einhalten zu können.

Ratsherr Flake stellt klar, dass die SPD-Ratsfraktion das vorgeschlagene Vorgehen unterstütze und begrüße.

Frau Volkers (Stellvertretende Vertreterin des Jugendparlamentes) erkundigt sich nach der Altersverteilung der einbezogenen Kulturschaffenden.

Herr Dr. Föhl erklärt, dass keine genauen Altersangaben vorlägen, da die Beteiligung flexibel gestaltet sei. Er betont, dass bei den geplanten Workshops verschiedene Akteursgruppen einbezogen würden, um unterschiedliche Perspektiven und Expertisen zu berücksichtigen.

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) ergänzt, dass es keine Altersbeschränkungen für Förderanträge gebe und sowohl junge als auch ältere Personen einbezogen würden. Sie schlägt vor, Vertreterinnen und Vertreter des Jugendparlamentes in den Prozess einzubinden, um von deren Expertise zu profitieren. Sie verweist Frau Volkers auf das Format „Chatten und Vernetzen“ und bittet sie um Kontaktaufnahme mit der zuständigen Sachbearbeiterin, Frau Scheler.

Herr Dr. Föhl bestätigt, dass auch jüngere Zielgruppen und weitere Akteurinnen und Akteure in die Überarbeitung der Förderrichtlinien einbezogen werden sollen, insbesondere im Hinblick auf Themen wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

Ausschussvorsitzender Böttcher bedankt sich abschließend bei Herrn Dr. Föhl für dessen Teilnahme und kündigt an, dass dieser bei den geplanten Workshops erneut in Braunschweig begrüßt werde.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 zu TOP 3.3_PPP_Überarbeitung Kulturförderrichtlinien_Föhl

3.4. Gewaltschutzkonzept der Städtischen Musikschule Braunschweig 25-26979

Ratsfrau Göring äußert, dass sie aufgrund der fortgeschrittenen Zeit aktuell keine Rückfragen stellen wolle. Das Thema sei jedoch von großer Bedeutung, weshalb sie Rückfragen in der nächsten Sitzung bzw. schriftlich außerhalb von Sitzungen stellen wolle.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 zu TOP 3.4_PPP_Schutzkonzept Städtische Musikschule

3.5. Einweihung des Kunstwerkes "Liberating the Monument" am Kolonialdenkmal 25-26973

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5. Errichtung Haus der Musik Braunschweig 25-26962

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Umstellung der Tagesordnung (TO) zwecks Vorzug des Tagesordnungspunktes (TOP) 5., der Beschlussvorlage „Errichtung Haus der Musik Braunschweig“ (DS Nr. 25-26962), vor den TOP 3.3, die Mitteilung „Partizipative Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien der Stadt Braunschweig“ (DS Nr. 25-26938). Der Ausschuss stimmt dem zu.

Ausschussvorsitzender Böttcher begrüßt Herrn Leppa (Dez. VI) und Herr Pust (RefL 0300).

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) erinnert in der Einleitung an die lange Vorgeschichte des Projektes „Haus der Musik in Braunschweig“. Die Probleme der Räumlichkeiten der Städtischen Musikschule Braunschweig seien seit Jahren bekannt; bereits 2019 sei mit dem VA-Beschluss „Zukunftskonzept für die Städtische Musikschule Braunschweig - Start der Konzeptionsumsetzung für ein „Zentrum der Musik““ (DS Nr. 19-10104-01) vom 18. Juni 2019 ein neues Raumkonzept für die Städtische Musikschule Braunschweig beschlossen worden. Vor

zwei Jahren sei der Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023 gefasst worden, und nun stehe ein bedeutender Schritt bevor. Sie dankt Herrn Leppa für seine Verhandlungsführung und drückt ihre Hoffnung auf Zustimmung durch den Ausschuss aus.

Herr Leppa führt in die Beschlussvorlage ein und skizziert den bisherigen Verlauf des Projektes. Er verweist ebenfalls auf den Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023 sowie auf die vorangegangenen Beratungen im AfKW. Er erläutert, dass das Raumkonzept für die Städtische Musikschule, für den Großen Konzertsaal und den sog. „Dritten Ort“ die Grundlage für die Planung bilde. Herr Leppa hebt hervor, dass der „Dritte Ort“ sich dadurch auszeichne, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu sein. Er erinnert an die intensiven Diskussionen über den Standort und stellt die Besonderheit des Angebotes von Friedrich Knapp, das Projekt finanziell über eine Stiftung zu unterstützen, dar. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Firma New Yorker SE sei bereits getroffen worden, die jedoch keine Rechtsverbindlichkeit darstelle.

Herr Leppa berichtet weiter, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit der New Yorker SE zwei wesentliche Bausteine erarbeitet habe: einen Architekturwettbewerb und eine Stiftungskonzeption. Die vorliegende Beschlussvorlage umfasse die Organisationsstruktur und ein Finanzierungsmodell. Er beschreibt die Eckpunkte der Stiftungskonzeption, die geplante Betriebsstruktur sowie die Finanzierungsgrundlagen. Es seien sowohl Einsparungen als auch Konkretisierungen im Raumprogramm vorgenommen worden, etwa in Bezug auf eine Verortung des „Dritten Ortes“ im Bereich Restaurantbetrieb und Touristeninformation. Herr Leppa erläutert, dass die Verwaltung sechs Beschlusspunkte vorschlage, darunter den Ankauf des Grundstückes, die Festlegung auf den Standort in der Innenstadt, die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung privaten Rechts sowie die Regelung der finanziellen und organisatorischen Beziehungen zwischen der Stadt Braunschweig und der Stiftung. Abschließend betont er, dass die vorliegende Beschlussvorlage mit der New Yorker SE abgestimmt sei und diese schriftlich zugestimmt habe.

Ratsfrau Dr. Flake äußert, dass die Ratsfraktion von B90/DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Sie begründet dies mit ungelösten Fragen zu den laufenden Betriebskosten, den Investitionskosten und dem Gesamtkonzept. Zudem verweist sie auf die angespannte Haushaltslage der Stadt Braunschweig, die durch das Städtische Klinikum besonders belastet sei. Sie hebt hervor, dass die Ratsfraktion von B90/DIE GRÜNEN die Städtische Musikschule Braunschweig und den „Dritten Ort“ unterstütze, jedoch den Bau eines Großen Konzertsaales in der aktuellen finanziellen Situation nicht verantworten könne. Sie betont, dass die Prioritäten angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere im Sozial- und Jugendbereich, anders gesetzt werden müssten, und nennt Beispiele wie die Altenhilfe, die Quartiersentwicklung und die Bildungsprobleme in der Weststadt, um die Dringlichkeit anderer Projekte zu unterstreichen. Sie erklärt, dass die Ratsfraktion von B90/DIE GRÜNEN die Städtische Musikschule Braunschweig als einen Begegnungsort in der Innenstadt befürworte, jedoch den Großen Konzertsaal als zusätzliche Einrichtung ablehne. Abschließend kündigt sie an, dass die Ratsfraktion von B90/DIE GRÜNEN weitere Fragen stellen werde, da der Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023 ihrer Meinung nach nicht vollständig erfüllt worden sei. Ratsfrau Dr. Flake stellt weiter die Frage nach belastbaren Baukosten für das Projekt „Haus der Musik in Braunschweig“ und kritisiert, dass diese bislang nicht vorlägen. Sie verweist auf die bisherige Schätzung von 120 Mio. Euro, die ihrer Ansicht nach nicht fundiert sei, und äußert die Vermutung, dass die Baukosten höher ausfallen könnten. Sie verweist hierzu auf Erfahrungen mit anderen städtischen Bauprojekten wie der Stadthalle Braunschweig. Sie möchte wissen, wie sich die Finanzierung des Projektes genau gestalte. Weiter fragt sie, ob es eine Kostendeckelung gäbe bzw. ob bei einer wesentlichen Kostensteigerung z.B. auf 180 Mio. Euro die Kostenaufteilung von 51 zu 49 Prozent zwischen der New Yorker SE und

der Stadt Braunschweig bestehen bleibe. Weiter kritisiert sie, dass die Stadt Braunschweig zusätzliche 10 Mio. Euro für den Grundstückskauf investieren solle.

Herr Leppa betont in seiner Antwort die Bedeutung des Projektes sowohl für die musikalische Bildung als auch für die Innenstadtbelebung in Braunschweig. Die vorliegende Beschlussvorlage stelle den nächsten Schritt im Projekt dar. Die Stadt Braunschweig und die New Yorker SE hätten sich gegenseitig verpflichtet, das Projekt gemeinsam voranzutreiben. Die Stiftung solle die weiteren Schritte übernehmen. In die Stiftung flösse zu 51 Prozent Kapital der New Yorker SE und zu 49 Prozent Erlöse der Stadt Braunschweig ein.

Zu den Investitionskosten erläutert Herr Leppa, die Stadt Braunschweig werde 60 Mio. Euro beisteuern, was im Vergleich zu anderen Schulbauprojekten in Braunschweig nicht ungewöhnlich sei. Die andere Hälfte der Kosten werde von der New Yorker SE getragen. Bei den angegebenen Investitionskosten von 120 Mio. Euro handele es sich um eine Schätzung. Die Angabe belastbarer Baukosten sei erst nach einer detaillierten Planung möglich. Es sei kein Kostenlimit vereinbart worden sei, jedoch würden die beiden Seiten bei erheblichen Abweichungen von der Kostenschätzung z.B. um 50 Prozent erneut in Gespräche eintreten müssen.

Ratsfrau Glogowski-Merten äußert deutliche Kritik an der Beschlussvorlage und bezeichnet sie als „Blankoscheck“. Die FDP-Ratsfraktion werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Sie bemängelt, dass die Stadt Braunschweig erhebliche finanzielle Risiken eingehen und als Gesellschafter in der Stiftung haftbar gemacht werden könne, ohne ausreichende Steuermöglichkeiten zu haben. Sie kritisiert die langfristige Bindung an einen privaten Akteur, die starke Abhängigkeit von diesem durch dessen Mehrheitsanteil in der Stiftung, den Verzicht auf einen Erbbauzins und die unklare Finanzierung der städtischen Anteile. Zudem hinterfragt sie die Höhe des Mietzinses, die fehlende Kostenobergrenze für das Projekt und die unklare Regelung im Falle von Planungsfehlern oder Bauverzögerungen. Sie schlägt vor, das Land Niedersachsen in die Finanzierung einzubinden, da auch das Staatsorchester Braunschweig von einem neuen Konzertsaal profitieren werde.

Ratsfrau Saxel erklärt, dass die Ratsgruppe DIE FRAKTION. BS den neuen Standort für die Städtische Musikschule Braunschweig und die Belebung der Innenstadt begrüße, die Beschlussvorlage in Gänze jedoch ablehne. Sie kritisiert den hohen Kaufpreis für eine marode Immobilie und die langfristigen finanziellen Risiken für die Stadt Braunschweig. Sie bemängelt die unverhältnismäßige Einflussnahme der New Yorker SE auf eine städtische Kultureinrichtung und die unklare Kostenstruktur.

Herr Leppa geht auf die Kritikpunkte ein und betont, dass die Risiken nicht modellspezifisch seien, sondern bei jedem Bauprojekt bestünden. Er hebt hervor, dass die Stiftung als privatrechtliche Institution flexibler agieren könne als die Stadt Braunschweig, die als Institution öffentlichen Rechts an das öffentliche Vergaberecht gebunden wäre. Die Stiftung werde auf unbegrenzte Zeit errichtet und existiere unabhängig von der Person des ursprünglichen Stifters, so wie z.B. im Falle der Stiftung für Braunschweiger Kulturbesitz (SBK). Er betont, dass die Stadt Braunschweig die Kontrolle über die Zuschüsse an die Betreibergesellschaft habe und somit die Kosten steuern könne.

Frau Prof. Dr. Hesse ergänzt, dass das Staatsorchester Braunschweig als Landesbetrieb bereits Mittel für die Miete des geplanten Konzertsaaes eingeplant habe. Sie erinnert daran, dass die actori-Studie belegt habe, dass mit einer Auslastung des Konzertsaaes zu rechnen sei. Eine Sicherheit bestehe in der Konstante durch Betreiber und Kunden. Die gesamte Region und das Oberzentrum Braunschweig würden durch vielfältige Synergien, beispielsweise das Anziehen von Fachkräften, von dem „Haus der Musik in Braunschweig“ profitieren. Sie betont, der Vorschlag von Friedrich Knapp zu einer Beteiligung der New Yorker SE und zum Standortwechsel in die Innenstadt habe nach langer Standortsuche den entscheidenden Wendepunkt im Projekt dargestellt. Die Verhandlungssituation für die Stadt Braunschweig sei so gut wie nie. Abschließend erläutert sie, der abgeschlossene Architekturwettbewerb habe eine Schätzung der Investitionskosten für das Bauvorhaben möglich gemacht. Konkrete Angaben, beispielsweise über Betriebskosten, seien erst später im Projektverlauf möglich. Ein Schulbau in Braunschweig, vergleichbar mit dem Neubau der Städtischen Musikschule Braunschweig, koste die Stadt Braunschweig 30. Mio. Euro.

Ratsherr Köster berichtet, dass Herr Leppa in der letzten Fraktionssitzung der CDU-Ratsfraktion Fragen zur Beschlussvorlage beantwortet habe. Er betont, dass die CDU-Ratsfraktion die Chancen des Projektes höher bewerte als die Risiken, und hebt hervor, dass die Beschlussvorlage konkrete Umsetzungsschritte für die Städtische Musikschule Braunschweig enthalte, die seit Jahren dringend benötigt würden. Die CDU-Ratsfraktion habe sich seit jeher dafür ausgesprochen, die Städtische Musikschule Braunschweig in den Haushaltskonsolidierungen zu priorisieren. Er kündigt an, dass die CDU-Ratsfraktion eine Protokollnotiz mit weiteren Forderungen zur kommenden Sitzung des Verwaltungsausschusses (VA) am 2. Dezember 2025 (zu den Punkten: Möglichkeit der Einwerbung von Zustiftungen; Einbindung von Akteurinnen und Akteuren der Innenstadt; Berücksichtigung der Barrierefreiheit beim Umbau des Gebäudes) einreichen werde.

Ratsherr Flake erklärt, dass die SPD-Ratsfraktion die Beschlussvorlage ausdrücklich begrüße, die die bisher beste Lösung für das Vorhaben darstelle. Er betont, dass die Stadt Braunschweig durch die Kooperation mit der New Yorker SE erhebliche finanzielle Vorteile habe, da die Baukosten durch die private Stiftung niedriger ausfielen und eine europaweite Ausschreibung entfielen. Er hebt hervor, dass das Projekt eine einmalige Chance für die Stadt Braunschweig darstelle und die Möglichkeit, die sich durch das Angebot von Friedrich Knapp eröffnet habe, nicht ungenutzt bleiben dürfe. So erhalte das Staatsorchester Braunschweig durch den Großen Konzertsaal einen würdigen Auftrittsort und es würden Fachkräfte angezogen. Die Forderungen des Ratsbeschlusses „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023 seien erfüllt worden. Die Investition der 10 Mio. Euro städtische Mittel für den Grundstückskauf stelle ein haushaltsrechtliches Nullsummenspiel dar und sei deshalb in der Kostenbilanz zu vernachlässigen. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Beschlussvorlage.

Ratsfrau Göring äußert Bedenken hinsichtlich der finanziellen Risiken und fordert, die Priorität auf die Städtische Musikschule Braunschweig zu legen. Sie kritisiert, dass der „Dritte Ort“ in der aktuellen Beschlussvorlage reduziert worden sei, und kündigt an, dass die Ratsfraktion von B90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag zur VA-Sitzung am 2. Dezember 2026 einreichen werde, der die Städtische Musikschule Braunschweig in den Mittelpunkt stelle. Sie kritisiert weiter, man müsse jährlich von hohen Betriebskosten ausgehen, da man kein reines Vermietungsmodell, sondern eine teilweise Kuration plane, die mehr koste. Die zukünftigen Kosten seien in dem Verwaltungsvorschlag nach wie vor unabwägbar.

Herr Leppa entgegnet, das Raumprogramm sei, bis auf die in der Beschlussvorlage explizit aufgeführten Einsparungen, unverändert geblieben. Der „Dritte Ort“ sei nach wie vor enthalten, beispielsweise in Form des geplanten Cafés und durch die entstehenden Synergien. Das „Haus der Musik in Braunschweig“ sei zudem für die Öffentlichkeit in Innenstadtlage ständig betretbar und stelle durch die Städtische Musikschule Braunschweig einen Bildungsort mit Übungsräumen dar, der zu Kooperationen einlade.

Frau Prof. Dr. Hesse ergänzt, während die Städtische Musikschule Braunschweig an ihrem derzeitigen Standort keinen „Dritten Ort“ darstelle, stelle sie diesen im Gebäude des „Hauses der Musik in Braunschweig“ dar. Sie erläutert die Verortung des „Dritten Ortes“ im Gebäude erneut anhand des Siegerentwurfes des Architektenwettbewerbes; die entsprechende Präsentation aus der AfKW-Sitzung vom 10. Juni 2025 ist dem Protokoll angehängt.

Sie widerspricht Ratsfrau Göring, es handle sich eben nicht um ein reines Vermietungsmodell wie z.B. bei der Stadthalle Braunschweig; seit dem Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023 sei ein kuratiertes Betreibermodell geplant.

Ratsherr Böttcher kritisiert, dass die Beschlussvorlage nicht alle Informationen enthalte, die im Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21.

März 2023 gefordert wurden. Er bemängelt insbesondere die unzureichende Darstellung der Baukostenschätzung von 120 Mio. Euro und fordert eine detaillierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.

Ratsfrau Dr. Flake meldet Zweifel an der finanziellen Tragfähigkeit des Großen Konzertsaales an. Sie erinnert an das actori-Gutachten, das unterschiedliche Szenarien für die Betriebskosten des Konzertsaales darlege. Die Kosten für ein kuratorisches Modell würden höher ausfallen als für eine reine Vermietung. Expertinnen und Experten schätzten die jährlichen Betriebskosten auf mindestens 2 Mio. Euro, was angesichts der Haushaltslage der Stadt Braunschweig kritisch zu bewerten sei. Sie schlägt als Alternative vor, die Stadt Braunschweig möge das leerstehende Karstadt-Einrichtungsgebäude am Gewandhaus der New Yorker SE abkaufen und hierin unter Nutzung des Stiftungsmodells nur die Städtische Musikschule Braunschweig umsetzen, falls die New Yorker SE auch dies unterstütze.

Herr Leppa erwidert, dass die Verwaltung eine solide Kalkulation vorgelegt habe, die in Zusammenarbeit mit renommierten Partnern wie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fastselt Partnerschaft mbB erstellt worden sei. Er weist darauf hin, dass die Kritik an den geschätzten Kosten und die gleichzeitige Forderung nach weiteren Ausgestaltungen des „Dritten Ortes“ zu widersprüchlichen Erwartungen führten. Er betont, dass die Verwaltung bereit sei, konkrete Vorschläge des Rates umzusetzen, und verweist auf die bisherigen Bemühungen, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Er legt weiter dar, Friedrich Knapp habe seiner Heimatstadt Braunschweig ein Denkmal setzen wollen. In dem ehemaligen Karstadt-Gebäude nur die Städtische Musikschule Braunschweig zu verwirklichen, würde bedeuten, die Möglichkeit eines Konzertsaales und die Zufinanzierung von 60 Mio. Euro durch die New Yorker SE vorbeiziehen zu lassen, und käme keiner Kostenersparnis gleich.

Frau Volkers (Stellvertretende Vertreterin des Jugendparlamentes) kommentiert, das Jugendparlament Braunschweig begrüße die Idee eines neuen Ortes für die Städtische Musikschule Braunschweig und das Konzept eines „Dritten Ortes“. Sie zweifelt an, inwiefern Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Jugend gegeben seien, wenn die Stiftung wesentlich durch die New Yorker SE bestimmt werde. Sie fragt, inwiefern eine Beteiligung der Jugend, vergleichbar der Beteiligung von Schülerräten beim Neubau von Schulen, möglich wäre.

Frau Prof. Dr. Hesse verweist erneut auf den Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023. Sie erklärt, dass die Einbindung Jugendlicher bereits in mehreren Workshops erfolgt sei. So habe man den Jugendring Braunschweig e.V., den If a Bird e.V. und das Jugend-Sinfonie-Orchester der Städtischen Musikschule beteiligt. Das Raumkonzept für die Städtische Musikschule Braunschweig sei in Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften entwickelt worden. Ein wesentlicher Wunsch des Jugend-Sinfonie-Orchesters spiegele sich in der Planung eines Großen Konzertsaales wider. Zudem verweist sie auf die Zielsetzung, einen „Dritten Ort“ zu schaffen, der Begegnung und Kommunikation fördere, und zitiert aus dem Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023, der unter Beschlusspunkt 4. die Zusammenarbeit zwischen der Musikschule und professionellen Musikerinnen und Musikern, z.B. des Staatsorchesters Braunschweig, betone.

Ratsfrau Glogowski-Merten wiederholt ihre Bedenken hinsichtlich der finanziellen Tragfähigkeit des Projektes und kritisiert, dass die Diskussionen nicht ausreichend Antworten auf offene Fragen lieferten. Sie betont die Bedeutung einer breiten freien Kulturszene in Braunschweig, die gefördert werden müsse. Zudem kritisiert sie die Haltung der CDU-Ratsfraktion, die ihre Position zum Projekt vollkommen geändert habe, und weist auf die Notwendigkeit hin, auch die Quartiersplanung, einschließlich Lärmschutz und Verkehr, in die Überlegungen einzubeziehen.

Ratsherr Flake kommentiert, dass die Planung des Projektes noch nicht abgeschlossen sei und weitere Detailplanungen erforderlich seien. Er hebt hervor, dass die Städtische Musikschule Braunschweig in jedem Fall eine Lösung benötige; dies sei bereits seit der Thematik-

sierung in der AfKW-Sitzung vom 20. Oktober 2017 bekannt. Das Konzept des „Dritten Ortes“, das mit dem Ratsbeschluss „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ (DS Nr. 23-20743-05) vom 21. März 2023 gefordert und durch die Agentur includi ausformuliert worden sei, sei nach wie vor ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Durch die geplante Touristeninformation sei ein niedrigschwelliges Element enthalten, das Menschen in das Gebäude hole und zugleich Mieteinnahmen für die Stiftung erziele. Zudem hebt er die Bedeutung der Stiftung hervor, die durch die Mietzahlungen der Stadt Braunschweig für die Städtische Musikschule Braunschweig einen Kapitalstock aufbauen könne, um Kulturförderung zu betreiben.

Herr Dr. Eckhardt fragt nach dem geplanten Zeitpunkt der Betriebsaufnahme des Projektes. Herr Leppa antwortet, dass dies von dem Ratsbeschluss am 9. Dezember 2025 und dem weiteren Verfahren abhängt. Die Modellrechnung gehe bisher von einer Betriebsaufnahme im Jahr 2030 aus.

Beschluss:

1. Die Stadt Braunschweig erwirbt das Grundstück Poststraße 5 in Braunschweig von der 45. TERRA-NOVA GmbH & Co. KG zu einem Kaufpreis von 10,6 Mio. €.
2. Auf diesem Grundstück in der Braunschweiger Innenstadt wird das Haus der Musik nach dem Ergebnis des durchgeführten Architekturwettbewerbs und unter Berücksichtigung der in dieser Vorlage beschriebenen Anpassungen des Raumprogramms errichtet. Es soll die Städtische Musikschule, einen Konzertsaal und weitere öffentlich zugängliche Angebote umfassen. Der ursprünglich geplante Standort für das Haus der Musik in Viewegs Garten wird nicht weiterverfolgt.
3. Das Haus der Musik in der Poststraße wird von einer gemeinnützigen Stiftung des privaten Rechts weiter ausgeplant, baulich errichtet, unterhalten und dauerhaft betrieben. Die Stiftung soll vom Unternehmen New Yorker SE gegründet werden. Die Stadt Braunschweig wird der Stiftung das Grundstück Poststraße 5 überlassen und ihr zu diesem Zweck ein erbbauszinsfreies Erbbaurecht auf 99 Jahre bestellen.
4. Die für die Stiftung zur Errichtung und Unterhaltung des Hauses der Musik notwendigen finanziellen Mittel werden zu 51% durch Mittel des Unternehmens New Yorker SE aufgebracht. Die weiteren 49% wird die Stadt Braunschweig durch Zustiftungen in die Stiftung einbringen, dies kann durch eigene Mittel der Stadt oder durch Mittel von Dritten erfolgen. Die notwendigen eigenen Mittel wird die Stadt im Rahmen der künftigen Haushaltsplanungen entsprechend dem Finanzierungsmodell für das Haus der Musik berücksichtigen. Um Kosten für Investitionen und Betrieb zu reduzieren, werden die im Sachverhalt der Vorlage im Kapitel Einsparungen genannten Maßnahmen umgesetzt.
5. Die Stadt Braunschweig wird die Räumlichkeiten für die Städtische Musikschule im Haus der Musik von der Stiftung zu einem angemessenen Mietzins anmieten. Der Betrieb des Konzertsaals wird von einer gemeinnützigen Betreibergesellschaft übernommen, an dem die Stiftung jedenfalls mehrheitlich und die Stadt Braunschweig gesellschaftsrechtlich beteiligt sein werden. Die Betreibergesellschaft soll alle objekt-, betriebs- und funktionsbezogenen Kosten des Hauses der Musik tragen.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen Abstimmungen mit dem Unternehmen New Yorker SE zum Abschluss der Arbeiten an der Stiftungssatzung und dem Business Plan fortzusetzen. In dem Rahmen wird die Verwaltung auch Gespräche mit den Behörden führen und deren Entscheidungen bzw. Zustimmung einholen, die für die Umsetzung des Hauses der Musik entsprechend der Ziffern 1 bis 5 notwendig sind (Stiftungsaufsicht, staatliche Finanzverwaltung und Kommunalaufsicht).

Abstimmungsergebnis:

7 / 4 / 0

Anlage 1 zu TOP 5_AfKW 10.06.25_mündl. Mitteilung_PPP_Siegerentwurf
Architekturwettbewerb_HdM

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

gez. Böttcher
Vorsitz

gez. Prof. Dr. Hesse
Dezernent/in

gez. Schultze
Protokollführung